Nr.	Name des beteiligten Trägers öffentlicher Be- lange und der Nachbar- gemeinden	Datum der Stellung- nahme	Zustimmung/Einwendungen Hinweise und Anregungen	Bemerkung Planungsbüro	Beschlussvorschlag	Abstim- stim- mung
1	Landratsamt Schmalkal- den-Meiningen Obertshäu- ser Platz 1 98617 Meinin- gen	03.05.2018				
1.1	Fachdienst Kreisentwick- lung		Der B-Plan soll im Verfahren nach § 13 b BauGB geführt werden. Es ist nachzuweisen, dass die Voraussetzungen für die Anwendung des § 13 b gegeben sind. In der Begründung ist das Planerfordernis unzureichend erläutert. Es ist weder ein Bedarfsnachweis für die Inanspruchnahme neuer Flächen geführt, noch wird sich mit den in der Stadt Schmalkalden bereits zur Verfügung stehenden Baulandpotenzialen auseinander gesetzt. Weitere Hinweise zu Tippfehlern und redaktionellen Sachverhalten.	Nach Rücksprache mit FD Kreisent- wicklung: Planerfordernis ist ausführ- licher in der Begründung darzustel- len. Die Hinweise wurden beachtet.	Die Hinweise werden zur Kenntnis genommen.	
1.2	Untere Naturschutzbehörde		Der Planung wird nicht zugestimmt. Der B- Plan soll nach § 13 b BauGB aufgestellt werden, was den Wegfall der Regelungen zu Eingriff/Ausgleich nach BNatG bedeutet. Dennoch sind die Vorschriften über Schutz-	Umfang der zu berücksichtigenden		

Nr.	Name des beteiligten Trägers öffentlicher Be- lange und der Nachbar- gemeinden	Datum der Stellung- nahme	Zustimmung/Einwendungen Hinweise und Anregungen	Bemerkung Planungsbüro	Beschlussvorschlag	Abstim- stim- mung
			gebiete, gesetzlich geschützte Biotope und den Artenschutz zu beachten. Aussagen hierzu sind nicht ausreichend oder fehlen.	erheblichen negativen Beeinträchti- gungen der Schutzgüter entstehen, sind keine Planänderungen erforder- lich. Vgl. Pkt. 1a.2		
1.3	Untere Immissionsschutz- behörde		Auflagen Der Beurteilungspegel der Lärmimmissionen beträgt gemäß DIN 18005 Schallschutz im Städtebau für Allgemeine Wohngebiete (§ 4 BauNVO) tags (06:00 bis 22:00 Uhr) 55 dB (A) und nachts (22:00 bis 06:00 Uhr) 40 (45) dB (A). Der niedrigere Nacht-Wert gilt für Gewerbe- und Freizeitlärm; der in Klammer gesetzte Wert für Verkehrslärm. Bezüglich der nördlich des Plangebiets gelegenen Eisenbahntrasse ist mittels Prognose zu prüfen, ob die Beurteilungspegel eingehalten werden können. Bei Feststellung der Überschreitung müssen geeignete Schallschutzmaßnahmen vorgeschlagen werden.	Fachgutachten erforderlich	Siehe Pkt. 1a.3 Ein Fachgutachten wurde erstellt und die Ergebnisse in den Bebau- ungsplan übernommen.	
1.4	Untere Denkmalschutzbe- hörde		Keine Einwände Auflagen: Der Beginn der Erdarbeiten ist dem Landesamt für Denkmalpflege und Ar- chäologie rechtzeitig vor Beginn mitzuteilen.		Die Hinweise werden zur Kenntnis genommen.	

Nr.	Name des beteiligten Trägers öffentlicher Be- lange und der Nachbar- gemeinden	Datum der Stellung- nahme	Zustimmung/Einwendungen Hinweise und Anregungen	Bemerkung Planungsbüro	Beschlussvorschlag	Abstim- stim- mung
			Bei Erdarbeiten ist mit dem Auftreten von Bodenfunden zu rechnen. Bodenfunde unterliegen nach Thüringer Denkmalschutzgesetz der Meldepflicht.			
1.5	Untere Wasserbehörde		Der überplante Bereich befindet sich außerhalb wasserwirtschaftlicher Schutzgebiete. Das Abwasser ist über das kommunale Kanalsystem zu entsorgen. Es muss sichergestellt sein, dass alle anfallenden Niederschlagswasser über das kommunale System abgeleitet werden. Individuelle Lösungen zur Niederschlagswasserableitung sind im Einzelfall zu prüfen und die Zustimmung der Unteren Wasserbehörde und des Entsorgungsunternehmens einzuholen.		Die Hinweise wurden beachtet.	
1.6	Untere Abfallbehörde		Forderungen Es ist zu prüfen, ob die GRZ für Einzelhäuser von 0,4 auf 0,3 verringert werden kann. Es ist festzusetzen, dass der Mutterboden abzutragen, separat zu lagern und in einem nutzbaren Zustand zu halten (DIN 18915). Für die Verwertung des Mutterbodens ist ein Monitoring vorzusehen.	Siehe auch Pkt. 1a.5	Die Hinweise werden zur Kennt- nisgenommen.	

Nr.	Name des beteiligten Trägers öffentlicher Be- lange und der Nachbar- gemeinden	Datum der Stellung- nahme	Zustimmung/Einwendungen Hinweise und Anregungen	Bemerkung Planungsbüro	Beschlussvorschlag	Abstim- stim- mung
			Die Verwertung von Bodenaushub ist wenn möglich durch Bodenausgleich im Plangebiet vorzunehmen. Werden im Bereich des Grabens organoleptisch wahrnehmbare Verunreinigungen vorgefunden, ist die untere Bodenschutzbehörde unverzüglich zu informieren.			
1.7	Fachbereich Ordnung und Sicherheit		Bei Beachtung nachfolgender Forderungen bestehen keine Bedenken gegen die Planung: Die Löschwasserversorgung gilt als gesichert, wenn über Entnahmestellen im Umkreis von 300 m mindestens 800 l / min Löschwasser für die Dauer von 2 h zur Verfügung gestellt werden können (Arbeitsblatt W 405). Die notwendigen Flächen für Rettungsdienst und Feuerwehr im Bereich der Straße sind von ruhendem Verkehr freizuhalten. Die Richtlinie über Flächen für die Feuerwehr auf Grundstücken ist zu beachten. Die Erschließungsstraßen sind so zu bemessen, dass sie durch Lösch- und Sonderfahrzeuge der Feuerwehr mit einer Achslast bis 10 t befahren werden können.		Die Hinweise werden zur Kennt- nisgenommen.	

Nr.	Name des beteiligten Trägers öffentlicher Be- lange und der Nachbar- gemeinden	Datum der Stellung- nahme	Zustimmung/Einwendungen Hinweise und Anregungen	Bemerkung Planungsbüro	Beschlussvorschlag	Abstim- stim- mung
1a	Landratsamt Schmalkal- den-Meiningen Obertshäu- ser Platz 1 98617 Meinin- gen	<mark>17.05.2019</mark>				
1a.1	Fachdienst Kreisentwick- lung			Die Stadt beabsichtigt keine Festset- zung zur Dachgestaltung zu treffen, um Gestaltungsfreiheit im Ordnungs- bereich W 2 zu ermöglichen. Die Höhe der Einfriedung soll als	Die Hinweise werden zur Kenntnis genommen.	
			te sich an der ThürBO orientieren (H max. = 2 m).	Gestaltungsvorgabe 1,2 m nicht überschreiten. Die Höhenbeschränkung bezieht sich nur auf Einfriedungen entlang der Straße. 2 m hohe Einfriedungen würden das Straßenbild stören.		

Nr.	Name des beteiligten Trägers öffentlicher Be- lange und der Nachbar- gemeinden	Datum der Stellung- nahme	Zustimmung/Einwendungen Hinweise und Anregungen	Bemerkung Planungsbüro	Beschlussvorschlag	Abstim- stim- mung
			Orthografie und Interpunktion sind zu prüfen Darstellung zeichnerischer Festsetzungen sind teilweise unübersichtlich und schwer nachvollziehbar	Prüfung erfolgt Die Planzeichnung entspricht der PlanZV. Überlagernde Planzeichen wurden bestmöglich angeordnet, so dass die Festsetzungen eindeutig ablesbar sind.		
1a.2	<mark>Untere Naturschutzbehör-</mark> de		Der Planung wird zugestimmt.		-	
1a.3	Untere Immissionsschutz- behörde		Auflagen: Der Beurteilungspegel der Lärmimmissionen beträgt gemäß DIN 18005 Schallschutz im Städtebau für Allgemeine Wohngebiete (§4 BauNVO) tags (06:00 bis 22:00 Uhr) 55 dB (A) und nachts (22:00 bis 06:00 Uhr) 40 (45) dB (A). Der niedrigere Nacht-Wert gilt für Gewerbe- und Freizeitlärm; der in Klammer gesetzte Wert für Verkehrslärm.		Die Hinweise wurden zur Kenntnis genommen.	
			Die Schallimmissionsprognose Nr. LG 70/2018 des Ingenieurbüros Frank und Apfel GbR Eisenach vom 16.10.2018 ergab eine Überschreitung der Schalltechnischen Orientierungswerte von 1 dB(A) tags und nachts von 7 dB(A) für die nördlichen Teile des Allgemeinen Wohngebiets. Daraufhin werden			

	Name des beteiligten Trägers öffentlicher Be- lange und der Nachbar- gemeinden	Datum der Stellung- nahme	Zustimmung/Einwendungen Hinweise und Anregungen	Bemerkung Planungsbüro	Beschlussvorschlag	Abstim- stim- mung
			im Bebauungsplan Flächen festgesetzt in denen von den Bauherren Schallschutzmaßnahmen umzusetzen sind. Für die Nutzung der Außenwohnbereiche ergeben sich keine Einschränkungen. Hinweise auf ENEV und das EEWärmeG. Gegen die vorgesehene Verkehrserschließung gibt es keine Einwände.			
	Untere Denkmalschutzbe- hörde		<u>-</u>			
	Untere Wasserbehörde		Dem Vorhaben kann wie geplant zugestimmt werden. Der überplante Bereich befindet sich außerhalb wasserwirtschaftlicher Schutzgebiete. Das Abwasser ist über das kommunale Kanalsystem zu entsorgen. Niederschlagswasser wird nicht versickert, sondern zur Gartenbewässerung genutzt. Für Brauchwasseranlagen ist die Zustimmung des Entsorgungsunternehmens einzuholen. Überschüssiges Niederschlagswasser ist dem Kanal der GEWAS zuzuführen.		Die Hinweise wurden zur Kenntnis genommen.	
1a.5	Untere Abfallbehörde		Die Forderungen der Abfall- und Boden- schutzbehörde vom 04.05.2018 finden sich		Die Hinweise wurden zur Kenntnis genommen.	

Nr.	Name des beteiligten Trägers öffentlicher Be- lange und der Nachbar- gemeinden	Datum der Stellung- nahme	Zustimmung/Einwendungen Hinweise und Anregungen	Bemerkung Planungsbüro	Beschlussvorschlag	Abstim- stim- mung
			im Planentwurf nicht wieder. Deshalb bestehen aus bodenschutzrechtlicher Sicht Bedenken gegen den Bebauungsplan. Forderungen vom 04.05.2018: Es ist zu prüfen, ob die GRZ für Einzelhäuser von 0,4 auf 0,3 verringert werden kann.	Eine Prüfung wurde durchgeführt. Vor allem kleine Baugrundstücke würden durch eine GRZ = 0,3 in ihrer Nutzbarkeit beschränkt. Der mit dem Hinweis beabsichtigten Verminderung der versiegelbaren Flächen wird durch die Festsetzung, dass außerhalb der Baufenster eine Bebauung durch Nebengebäude unzulässig ist, ebenfalls entsprochen.		
			Es ist festzusetzen, dass der Mutterboden abzutragen, separat zu lagern und in einem nutzbaren Zustand zu halten (DIN 18915) ist. Für die Verwertung des Mutterbodens ist ein Monitoring vorzusehen. Die Verwertung von Bodenaushub ist wenn möglich durch Bodenausgleich im Plangebiet vorzunehmen. Werden im Bereich des Grabens organoleptisch wahrnehmbare Verunreinigungen vorgefunden, ist die untere Bodenschutzbehörde unverzüglich zu informieren.			

Nr.	Name des beteiligten Trägers öffentlicher Be- lange und der Nachbar- gemeinden	Datum der Stellung- nahme	Zustimmung/Einwendungen Hinweise und Anregungen	Bemerkung Planungsbüro	Beschlussvorschlag	Abstim- stim- mung
			Forderungen der aktuellen Stellungnahme: Rechnerische Ermittlung des Versiegelungsgrads im Verhältnis zur Gesamtfläche Festlegung der GRZ auf 0,3 für Einzelhausbebauung und 0,4 für Doppelhausbebauung. Die Möglichkeit der grenzständigen Bebauung von Garagen begünstigt eine verdichtete Bebauung. Reduzierung des Versiegelungsgrads durch Verwendung versickerungsfähiger Beläge für Parkplätze, Zufahrten, Hofflächen und Fußwege. Dachbegrünungen Festlegung von Gründungshöhen und der Höhe der Erschließungsstraßen um überschüssigen Erdaushub zu vermeiden. Festsetzung zum Umgang mit Mutterboden. Hinweis: Im Geltungsbereich des Bebauungsplans sind keine Verdachtsflächen des Thüringer Altlasteninformationssystems THALIS registriert.	Der Hinweis auf die Verminderung		
2	Amt für Landentwicklung und Flurneuordnung	29.04.2018	Das Amt für Landentwicklung und Flurneu- ordnung (ALF) Meiningen stimmt der Pla-	Der Nachweis der Nichtverfügbarkeit von Bauflächen sollte durch die Stadt	Auf Grund des Nachweises des Bedarfs neuer Bauflächen in der	

Nr.	Name des beteiligten Trägers öffentlicher Be- lange und der Nachbar- gemeinden	Datum der Stellung- nahme	Zustimmung/Einwendungen Hinweise und Anregungen	Bemerkung Planungsbüro	Beschlussvorschlag	Abstim- stim- mung
	Meiningen PF100653 98606 Meiningen		nung nicht zu. Mit der Planung wird einer weiteren Flächeninanspruchnahme landwirtschaftlicher Flächen und der Zersiedelung der Landschaft Vorschub geleistet. Die Ausführungen in der Begründung bezüglich der Nichtverfügbarkeit von Baulücken sind zu allgemein. Die Stadt Schmalkalden hat einen Bevölkerungsrückgang von 6,1 % zwischen 2008 und 2016. Allein diese Zahlen lassen ein entsprechendes Innenentwicklungspotenzial vermuten.		Untersuchung der Stadtverwaltung (Anlage zur Begründung) vom 13.03.2019 beschließt der Stadtrat der Ablehnung des Vorhabens durch das ALF nicht zu folgen. Die vorgebrachten Gründe für die Ablehnung werden anerkannt. Nach Prüfung der derzeitigen Situation wird jedoch am Planvorhaben festgehalten.	
3	Landesamt für Vermes- sung und Geoinformation Hoffnung 30 98574 Schmalkalden	27.04.2018	Visuell entspricht die verwendete Planunterlage dem aktuellen Stand der Katasterkarte. Zu korrigieren ist das angrenzende Flurstück 45 in Nr. 283/45. Im Bearbeitungsgebiet befinden sich keine Festpunkte der geodätischen Grundlagenetze.			
4	Werraenergie Gmbh; Netz, August-Bebel-Straße 36-39 36433 Bad Salzungen		Die unter Punkt 8 der Begründung aufgeführten Bedingungen behalten weiterhin ihre Gültigkeit. Der Schutzstreifen der HD-Gasleitung ist auch von tiefwurzelnden Bäumen und Pflanzen freizuhalten.		Die Hinweise werden zur Kenntnis genommen.	

Nr.	Name des beteiligten Trägers öffentlicher Be- lange und der Nachbar- gemeinden	Datum der Stellung- nahme	Zustimmung/Einwendungen Hinweise und Anregungen	Bemerkung Planungsbüro	Beschlussvorschlag	Abstim- stim- mung
5	GEWAS Postfach 100326, 98563 Schmalkalden	09.06.2018	Die Voraussetzungen für die Erschließbar- keit des B-Plangebiets sowohl trinkwasser- seitig als auch abwasserseitig sind gegeben.		-	
6	DB	01.12.2017 Frühzeitige Beteiligung	Hinweis auf die bahnbetriebsbedingten Immissionen sowie die Nichtigkeit des B-Plans bei nicht sachgerechter Abwägung der Belange des Lärmschutzes. Ableitungen von Oberflächenwässern über Bahngrund sind nicht zulässig. Versickerungen von Oberflächen wasser in der Nähe von Bahnanlagen sind unzulässig. Bei geplanten Pflanzungen sind die Mindestabstände entsprechend der DB Richtlinie(Ril) 882 "Handbuch Landschaftsplanung und Vegetationskontrolle" zu beachten.			
6a	DB AG, DB Immobilien Region Südost Liegen- schaftsmanagement Bran- denburger Straße 3a 04103Leipzig	22.05.2018		Gutachten zum Schallschutz erforder- lich, dass die Belastung ermittelt und geeignete Maßnahmen zur Einhal-		

Nr.	Name des beteiligten Trägers öffentlicher Be- lange und der Nachbar- gemeinden	Datum der Stellung- nahme	Zustimmung/Einwendungen Hinweise und Anregungen	Bemerkung Planungsbüro	Beschlussvorschlag	Abstim- stim- mung
6b	DB AG, DB Immobilien Region Südost Liegen- schaftsmanagement Bran- denburger Straße 3a 04103Leipzig	10.05.2019	falls Schallschutzmaßnahmen im B-Plan festzusetzen. Abwägungsfehler hinsichtlich des Immissionsschutzes sind im Sinne des § 214 BauGB erheblich und führen zur Unwirksamkeit des B-Plans. Zwischen Schienenweg und anderen Verkehrsanlagen sind Mindestabstände einzuhalten. Ein Abrollen zum Bahngelände, Blendung durch Fahrlicht und das Abirren von Fahrzeugen auf den Schienenweg sind durch geeignete Maßnahmen zu verhindern (DS 800.001 Anlage 11,Schutzeinrichtung an Straßen RPS, UIC-Merkblatt 777-1). Gegen den geänderten Entwurf des Bebauungsplans bestehen seitens der DB AG keine Einwände, wenn die Hinweise und Forderungen der Stellungnahme (TÖB-LPZ-18-28861) vom 22.05.2018 eingehalten bzw.	In Abhängigkeit von den erforderli- chen Schallschutzmaßnahmen (Evtl. Schallschutzmauer oder –wall) kön- nen die Lage der Straße und die not- wendigen Maßnahmen zum Schutz des Schienenweges im Plan festge- setzt werden.	-	
7	Thüringer Landesverwal- tungsamt Postfach 2249 99403 Weimar	27.09.2018	beachtet werden.			
7.1	Raumordnung und Lan- desplanung		Die Abweichung von den Darstellungen des FNP aus dem Jahr 2004 (Landwirtschaftsflä-		Die Hinweise wurden zur Kenntnis genommen. Eine Un-	

Nr.	Name des beteiligten Trägers öffentlicher Be- lange und der Nachbar- gemeinden	Datum der Stellung- nahme	Zustimmung/Einwendungen Hinweise und Anregungen	Bemerkung Planungsbüro	Beschlussvorschlag	Abstim- stim- mung
			che) und die Abweichung von den Zielen des Landesentwicklungsprogramms, das Innenentwicklung und Nutzung von Konversionsflächen vorsieht, werden festgestellt. Auf bisher nicht bebaute aber im FNP als Wohnbauflächen dargestellte Flächen wird hingewiesen. Die Fortschreibung des FNP wird angemahnt. Die in der Begründung genannten untersuchten Flächenalternativen sollen näher beschrieben werden.		tersuchung zu den Flächenpo- tenzialen wurde von der Stadt durchgeführt und der Bedarf an Erweiterungsflächen nachge- wiesen.	
7.2	Wasserwirtschaft		Hinweis auf neue Gesetzeslage ab 05.01.2018: Hochwasser-Risikogebiete nach § 78 b Abs. 1 WHG sind nachrichtlich in den B-Plan zu übernehmen, Gebiete nach § 73 Abs. 1 WHG sind zu vermerken. Veröffentlicht unter www.tlug-jena.de/hwrm		Der Hinweis wurde beachtet. Es sind keine Hochwasser- Risikogebiete betroffen.	
7.3	Immissionsschutz		Hinweis auf Einhaltung der Orientierungswerte der DIN 18005, Teil 1 Schallschutz im Städtebau. Untersuchungen zu Einflüssen des Verkehrslärms sind durchzuführen. Hinweise auf die Einhaltung von Anforderungen der DIN 4109 Schallschutz im Hochbau sowie die Beachtung der Anforderungen zur		Die Hinweise wurden zur Kenntnis genommen.	

Nr.	Name des beteiligten Trägers öffentlicher Be- lange und der Nachbar- gemeinden	Datum der Stellung- nahme	Zustimmung/Einwendungen Hinweise und Anregungen Einhaltung der AVV Baulärm.	Bemerkung Planungsbüro	Beschlussvorschlag	Abstim- stim- mung
7.4	Beachtung des Entwick- lungsgebots §8 Abs. 2 BauGB		Der B-Plan ist nicht aus dem FNP entwickelt. Deshalb begründet die Stadt die Plandurchführung nach dem beschleunigten Verfahren § 13 b BauGB. Zur Sicherheit wird ein gemeinsamer Vororttermin mit dem Landratsamt vorgeschlagen, um zu bestätigen, dass angrenzende Gebiete im Zusammenhang bebaute Gebiete im Sinne des BauGB sind. Die Abweichung vom Planungsziel des FNP (Freihaltung der Fläche von Bebauung) ist in der Begründung zu erläutern.		Die Hinweise wurden zur Kenntnis genommen. Eine Un- tersuchung zu den Flächenpo- tenzialen wurde von der Stadt durchgeführt und der Bedarf an Erweiterungsflächen nachge- wiesen. Siehe Nr. 7a 2	
7a	Thüringer Landesverwal- tungsamt Postfach 2249 99403 Weimar	10.05.2018				
<mark>7a 1</mark>	Raumordnung und Lan- desplanung		Belange der Raumordnung Keine Einwände; Die Forderung zur Fortschreibung und Er- gänzung des Flächennutzungsplans sowie einer Potential- und Bedarfsanalyse für Wohnbauflächen wird bekräftigt.		Der Hinweis wird zur Kenntnis genommen.	

Nr.	Name des beteiligten Trägers öffentlicher Be- lange und der Nachbar- gemeinden	Datum der Stellung- nahme	Zustimmung/Einwendungen Hinweise und Anregungen	Bemerkung Planungsbüro	Beschlussvorschlag	Abstim- stim- mung
				Das TLUBN wurde beteiligt (siehe Nr. 8).		
7a 2	Beachtung des Entwick- lungsgebots		Keine Einwände Der Bebauungsplan ist nicht aus dem Flä- chennutzungsplan entwickelt. Die Stadt führt das Verfahren nach § 13 b BauGB. Die Be- gründung hierzu wird in Pkt. 1 und 14 der Begründung zum Bebauungsplan gegeben. Die Verfahrensweise wird bestätigt.		-	
8	Thüringer Landesamt für Umwelt Bergbau und Na- turschutz	<mark>24.06.2019</mark>				
8.1	Abteilung 3, Naturschutz:		keine Betroffenheit		<u>-</u>	
8.2	Abteilung 4, Wasserwirt- schaft		keine Betroffenheit		<mark>-</mark>	

	Name des beteiligten Trägers öffentlicher Be- lange und der Nachbar- gemeinden	Datum der Stellung- nahme	Zustimmung/Einwendungen Hinweise und Anregungen	Bemerkung Planungsbüro	Beschlussvorschlag	Abstim- stim- mung
8.3	Abteilung 5, Wasserrechtli- cher Vollzug,		keine Betroffenheit		<u>-</u>	
8.4	Abteilung 6, Immissions- schutz und Abfallwirtschaft		keine Betroffenheit		-	
8.5	Abteilung 7, Immissions- überwachung, Boden- schutz, Altlasten		Immissionsschutz: Bedenken und Einwendungen: Einhaltung der Orientierungswerte der DIN 18005, Teil 1 Gemäß der Begründung zum Bebauungsplan wurde ein Gutachten angefertigt, dass eine Überschreitung der Orientierungswerte im nördlichen Plangebietsteil feststellte. Entsprechend wurden passive Schallschutzmaßnahmen festgesetzt. Da das Gutachten nicht vorlag, konnte die Richtigkeit nicht geprüft werden. Auf Grund der Überschreitung der Orientierungswerte der DIN 18005, Teil 1 erheben wir (trotz angemessenem passiven Schallschutz) Bedenken. Klima: Mögliche Auswirkungen sind gering und vernachlässigbar. Luft: Es ist nicht erkennbar, dass durch das Vorhaben signifikante Verschlechterungen der Schadstoffbelastung der Luft verursacht werden. Einhaltung der DIN 4109: Die bauliche Aus-		Die Belange des Immissions- schutzes wurden durch ein Fach gutachten und die Übernahme dessen Ergebnissen in den Be- bauungsplan hinreichend berück sichtigt. Den Bedenken wird des- halb nicht gefolgt. Die Hinweise werden zur Kenntni- genommen.	

Nr.	Name des beteiligten Trägers öffentlicher Be- lange und der Nachbar- gemeinden	Datum der Stellung- nahme	Zustimmung/Einwendungen Hinweise und Anregungen	Bemerkung Planungsbüro	Beschlussvorschlag	Abstim- stim- mung
			führung der Gebäude hat so zu erfolgen, dass die in der DIN angeführten Werte nicht überschritten werden. Hinweis: AVV Baulärm ist während der Bauzeit einzuhalten 12. BlmSchV-Störfallverordnung: Im Umfeld des Baugebiets befinden sich innerhalb eines 5-km-Radius der Störfallverordnung unterliegende Anlagen 1) ReFood GmbH Schwarzbacher Allee 18 98590 Schwallungen 2) STS Transport Service Schmalkalden GmbH, Bahnhof 6, 98574 Schmalkalden GmbH, Bahnhof 6, 98574 Schmalkalden 3) Dipl. Ing. H. Leist Oberflächentechnik GmbH Ölmühle 5, 9897 Fambach Belange der Abfallwirtschaft: keine Betroffenheit	dung übernommen. Die Hinweise wurden in die Begründung übernommen		
8.7	Abteilung 8,		Geologischer Landesdienst: Es bestehen keine Bedenken bezüglich der Belange Geologie/Rohstoffgeologie, Ingenieurgeologie/Baugrundbewertung, Hydrogeologie, bodengeologischer Bodenschutz und Geotopschutz. Hinweise: Erdaufschlüsse sowie größere Baugruben sind dem TLUNB 14 Tage vor	Die Hinweise wurden in die Begrün- dung übernommen	-	

Nr.	Name des beteiligten Trägers öffentlicher Be- lange und der Nachbar- gemeinden	Datum der Stellung- nahme	Zustimmung/Einwendungen Hinweise und Anregungen	Bemerkung Planungsbüro	Beschlussvorschlag	Abstim- stim- mung
			Baubeginn anzuzeigen. Die Schichtenverzeichnisse sind an das Geologische Landesarchiv des Freistaates Thüringen zu übergeben. Evtl. vorhandene Bohrdaten können unter http:www.infogeo.de eingesehen werden. Belange des Bergbaus/Altbergbaus, Hinweise: Das Plangebiet liegt in der großräumigen Erlaubnis "Werra" zur Aufsuchung von Bodenschätzen (gültig bis 14.11.2022). Dieses Aufsuchungsrecht ist als Hinweis zu betrachten und hat keine Auswirkungen auf das Vorhaben. Für den Planbereich liegen dem TLUBN keine Hinweise auf Gefährdungen durch Altbergbau, Halden oder unterirdische Hohlräume vor.		Die Hinweise werden zur Kenntnis genommen.	

Stadt Schmalkalden - Bebauungsplan An der Hauptstraße Beteiligung der Öffentlichkeit § 3 Abs. 2 BauGB Im Zeitraum der öffentlichen Auslegung des Bebauungsplans wurden folgende Anregungen oder Bedenken bei der Stadt Schmalkalden vorgebracht.

Stand 02.07.2019

Nr.	Bürger	Datum der Stellung- nahme	Inhalt der Stellungnahme	Bemerkung Planungsbüro	Beschlussvorschlag	Abstim- mung
1	Familie B. Reißner Sportplatz 22 98574 Schmalkalden	06.05.2018	Der bestehende Weg "Sportplatz" ist ca. 3m breit und ohne Fußweg. Für weiteren Verkehr reicht die Straße nicht aus. Da bisher das Parken nicht geordnet ist, soll zukünftig eine Parkordnung vorgegeben werden, die sichert, dass auch die Zufahrten zu den Grundstücken nutzbar sind. Der Parkplatzbedarf der Firma Elektro-Peter und der Arztpraxen wird zum Teil in der Straße "Sportplatz" gedeckt, was bedingt durch geringe Fahrbahnbreite zu Konflikten führt.	Die bestehende Straße "Sportplatz" ist nicht Be- standteil des Bebauungs- plans. Es sollte geprüft werden, ob die Straße für den zu- künftigen Verkehr ausrei- chend dimensioniert ist. Da keine öffentlich nutzba- ren Pkw- Stellplätze im Plangebiet vorgesehen sind, wird sich die Stell- platzsituation im gesamten Bereich verschärfen.	Der Hinweis wird zur Kenntnis genommen.	
			Das neue Baugebiet soll als "Allgemeines Wohngebiet" genutzt werden. Es wird vorgeschlagen, dass angrenzende bestehende derzeitige Mischgebiet ebenfalls in ein Allgemeines Wohngebiet umzuwidmen.	Bei der zukünftigen Über- arbeitung des FNP sollte geprüft werden, ob die Zuordnung des Gebiets zur Nutzungsart MI noch gerechtfertigt ist.	Der Hinweis wird zur Kenntnis genommen.	